

## Zur Koalitionspolitik sozialistischer Parteien

Theodor Bergmann

Mit der Veröffentlichung der wichtigsten Arbeit von Eduard Bernstein 1898 wurde zum ersten Mal deutlich, dass das offizielle Bekenntnis der SPD zum Marxismus und zur revolutionären Beseitigung des kapitalistischen Staates nicht den Vorstellungen aller Sozialdemokraten entsprach. Der Kompromiss vom Vereinigungsparteitag von Gotha (1875) war damit aufgekündigt. 8 Jahre nach der Aufhebung des Sozialistengesetzes hatte die SPD in der neuen Legalität beträchtliche Wahlerfolge erzielt, ebenso die freien Gewerkschaften. Ein revolutionärer Umsturz schien manchen Funktionären und Mandatsträgern nicht mehr notwendig. Einige extrapolieren bald, wann man im Deutschen Reichstag die Mehrheit erreicht haben würde, um dann den Sozialismus per Gesetz einzuführen. Rosa Luxemburg war die erste, die der neu auflebenden revisionistischen Strömung entgegentrat, weil sie die tiefere Bedeutung dieses Anti-Marxismus klar erkannte. Zudem gab es bald nach Bernsteins neuerer These einen konkreten Anlass, sich mit dem Problemkreis zu beschäftigen – den Eintritt von Alexandre-Etienne Millerand 1898 in das Pariser Kabinett von Ministerpräsident Waldeck-Rousseau.

In der nun beginnenden Debatte ging es um zwei Fragen, die eng miteinander verbunden sind: Stellung zum bürgerlichen Staat und Teilnahme an Regierungen. Diese Fragen haben in der hundertjährigen Geschichte der deutschen und internationalen Arbeiterbewegung eine große Rolle gespielt und haben bis heute ihre Aktualität bewahrt. Ich möchte sie als wesentliche Kriterien für Strategie und Taktik proletarischer Parteien und als ebenso wesentliche Kriterien für das Verständnis der großen Niederlagen der deutschen Arbeiterklasse ansehen.

### 1. Kritik des Revisionismus

Rosa Luxemburg war vermutlich zum ersten Mal in Stuttgart zum Parteitag der Sozialdemokratie, der vom 3.–8. Oktober 1898 stattfand; das dürfte auch ihr erster öffentlicher Auftritt auf einem Parteitag gewesen sein. Bereits hier gab es eine intensive Auseinandersetzung nicht nur mit Eduard Bernstein, sondern noch schärfer mit den revisionistischen Tendenzen einiger führender Parteigenossen, u.a. Konrad Schmidt und Wolfgang Heine. In einer Zeit verschärfter Gesetze gegen die Sozialdemokratie und gegen die Gewerkschaften (nach Aufhebung der Sozialistengesetze von 1878) boten sie der Reichsregierung trotz der kaiserlichen Sondergesetze gegen die Arbeiterbewegung (Anarchistengesetze) Zusammenarbeit und Konzessionen an. Luxemburg wendet sich gegen den Kuhhandel, bei dem die Arbeiterklasse nur Versprechungen bekommt, und fordert, den außerparlamentarischen Druck zu organisieren. U.a. erklärt sie in dem Resumé der Debatten des Parteitages:

„(Heine) kennt und bemerkt aber nicht das einzige dritte Kampfmittel, das spezifisch von der Sozialdemokratie geschaffen wurde, die neue Potenz, der wir unsere bisherigen Erfolge verdanken und auf die wir in weiteren Kämpfen vor allem rechnen müssen – die Macht des Klassenbewusstseins des Proletariats. Für Heine sind diese Worte einfach eine Phrase.“  
(GW 1/1, S. 251)

Dieses Klassenbewußtsein entwickelt sich nach Luxemburg durch geduldige Aufklärung und den täglichen Klassenkampf. Sie verweist auf Lassalles berühmtes Wort (von 1848): „Verfassungsfragen sind ursprünglich nicht Rechtsfragen, sondern Machtfragen; die wirkliche Verfassung eines Landes existiert nur in den reellen, tatsächlichen Machtverhältnissen, die in einem Land bestehen; geschriebene Verfassungen sind nur dann von Wert und Dauer, wenn sie der genaue Ausdruck der wirklichen, in der Gesellschaft bestehenden Machtverhältnisse sind.“

Dieser Satz stellt den Gegensatz dar zu den nun offen auftretenden Revisionisten, die auf das Endziel, den Sozialismus, verzichten und schon in der „Bewegung“ mit dem Kapitalismus kompromisseln. Denn damit verzichten sie auch auf jede Veränderung der Gesellschaft.

Luxemburg schließt den Diskussionsbeitrag auf dem Parteitag mit den Worten:

„Auch wer das sagt (Das Endziel ist nichts), steht nicht auf dem Standpunkt der Notwendigkeit der Eroberung der politischen Macht. Sie sehen, dass manche Genossen nicht auf dem Standpunkt des Endziels unserer Bewegung stehen; und darum ist es nötig, das zum klaren, unzweideutigen Ausdruck zu bringen: und wenn es je notwendig war, so gerade jetzt. Die Schläge der Reaktion sausen hageldicht auf uns herab. Auf die neueste Rede des Kaisers muss die Antwort in der Debatte gegeben werden. Klipp und klar müssen wir sagen, wie der alte Cato: Im übrigen bin ich der Meinung, dass dieser Staat zerstört werden muss. Die Eroberung der Macht bleibt das politische Endziel, und das Endziel bleibt die Seele des Kampfes. Die Arbeiterklasse darf sich nicht auf den dekadenten Standpunkt des Philosophen stellen: ‚Das Endziel ist mir nichts, die Bewegung ist mir alles‘; Nein, umgekehrt: Die Bewegung als solche ohne Beziehung auf das Endziel, die Bewegung als Selbstzweck ist mir nichts, das Endziel ist uns alles.“

In ihren „Nachbetrachtungen zum Parteitag“ (1898) fasst sie ihre Position zusammen: „Die Rolle der Sozialdemokraten im bürgerlichen gesetzgebenden Körper ist von vorneherein ein Verhältnis, das mit inneren Widersprüchen behaftet ist. An der positiven Gesetzgebung womöglich mit praktischem Erfolge teilnehmen und zugleich den Standpunkt grundsätzlicher Opposition zum kapitalistischen Staate auf jedem Schritt zur Geltung bringen – das ist im allgemeinen Umriss die schwierige Aufgabe unserer parlamentarischen Vertreter... Das Reden durch das Fenster des Parlaments zum Volke ist darum die eigentliche Aufgabe der sozial- demokratischen Fraktion.“ (Nachbetrachtungen, GW 1/1, S. 251)

1899 kommt sie nochmals auf die Frage zurück. Sozialdemokraten müssten auch im bürgerlichen Staat „alle erreichbaren Positionen einnehmen... Allein als Voraussetzung gilt dabei, dass es Positionen sind, auf denen man den Klassenkampf, den Kampf mit der Bourgeoisie und ihrem Staate führen kann.“ (Eine taktische Frage, GW 1/1, S. 484)

Diese Ablehnung des bürgerlichen Staates finden wir wieder in ihrem Beitrag auf dem Internationalen Sozialistenkongress 1907 in Stuttgart. Auf ihren Vorschlag kommt in die Antikriegsresolution folgender Satz:

„Droht der Ausbruch eines Krieges, so sind in den beteiligten Ländern die Arbeiter und ihre parlamentarischen Vertreter verpflichtet, alles aufzubieten, um den Ausbruch des Krieges durch Anwendung entsprechender Mittel zu verhindern... Falls der Krieg dennoch ausbrechen sollte, sind sie verpflichtet, für dessen rasche Beendigung einzutreten und mit

allen Kräften dahin zu wirken, um die durch den Krieg herbeigeführte wirtschaftliche und politische Krise zur politischen Aufrüttelung der Volksschichten und zur Beschleunigung des Sturzes der kapitalistischen Klassenherrschaft auszunutzen.“ (GW 2, S. 236)

Ein weiteres Mal kam sie 1911 nach Stuttgart und hielt am 7. Oktober einen Vortrag zum Thema „Dem Weltkrieg entgegen“. Sie schildert die Kriegsvorbereitungen beider Seiten, besonders die der deutschen Regierung, und auch die Folgen für die Belastung der Werktätigen. Ihren antimilitaristischen Vortrag schließt sie mit den Worten Bebel's auf dem Dresdner Parteitag 1903: „Ich bin und bleibe ein Todfeind der bürgerlichen Gesellschaft.“ (GW 3, S. 65)

So setzt sich ihre revolutionäre Gegnerschaft gegen den kapitalistischen Staat logisch fort in ihrer konsequenten Gegnerschaft gegen den imperialistischen Krieg, den das Kaiserreich 1914 beginnt. Ebenso konsequent führt der Revisionismus den größten Teil des Apparats von Partei und Gewerkschaften an die Seite des deutschen Militarismus. Eduard Bernstein verlässt allerdings die Partei und schliesst sich der Opposition an.

## 2. Wider dem Millerandismus

Der zweite Anlass zur Grundsatzdebatte ist der Eintritt von Alexandre-Etienne Millerand in die französische Regierung. Luxemburg ist auch in dieser Streitfrage, wegen derer sich die französische sozialistische Partei spaltet, die erste, die das Problem analysiert und die Regierungsbeteiligung von Sozialisten im Kapitalismus ablehnt. Millerand begründet seinen Schritt, der von der Partei nicht gebilligt wurde, mit der Gefahr eines Militärputsches gegen die republikanische Regierung und mit der Notwendigkeit, die bürgerliche Demokratie (als besten Kampfboden für die Werktätigen) zu verteidigen. In einer Artikelserie in der Neuen Zeit unter dem Titel „Die französische Krise“ behandelt sie mit großer Faktenkenntnis die politischen Handlungen der Regierung Waldeck-Rousseau und zeigt, dass Millerand keine Maßnahme zugunsten der Arbeiterklasse durchgesetzt hat.

Luxemburg schildert sehr sachlich die Gründe, die Jean Jaurès für den Regierungseintritt angibt: Verteidigung der Republik, soziale Reformen und: Es müsse ein Übergangsstadium (geben), in dem die politische Herrschaft von der Bourgeoisie und dem Proletariat gemeinsam ausgeübt wird. (GW 1/1, S.12) Aber sie sieht als erste Konsequenz des Ministerialismus den „Verzicht... auf die politische Aufklärung und Erziehung der Massen“ aus Koalitionsdisziplin (S.33) Denn: Die „Zentralgewalt (ist) vor allem ein Organ der Aktion, dessen Lebensfähigkeit auf innerer Homogenität beruht“ (S.58). Minister können also natürlich keine Opposition betreiben, wie sie später zusammenfasst.

Völlig anders sei die Lage in den Städten. Zwar müssten Gemeinden auch staatliche Aufgaben ausführen und bürgerliche Gesetze anwenden. Aber es gebe einen historischen Gegensatz der lokalen Selbstverwaltung zur Zentralgewalt in den Aufgaben (eine „Arbeitsteilung“):

„Zentralgewalt und Gemeinde sind deshalb historisch zwei entgegengesetzte Pole in der heutigen Gesellschaft.“ (S.62)

Daraus lässt sich folgern, dass man wohl Bürgermeister (auf der Basis einer proletarischen

Mehrheit im Gemeinderat) sein darf, aber nicht Minister.<sup>1</sup> Und sie schließt ihre Analyse des Millerandismus mit einer optimistischen Note ab:

„Die Erfahrungen mit dem Ministerium Waldeck-Millerand sind geeignet, der gesamten internationalen Sozialdemokratie die Lust an opportunistischen Experimenten zu verderben.“  
(S.73)

Diese Taktik würde die deutsche Partei nicht kopieren. In diesem Optimismus täuschte sie sich. Schon im September 1900 wird die Frage erneut auf dem Internationalen Sozialistenkongress in Paris debattiert; und in einer von Karl Kautsky vorbereiteten Resolution wird die Koalitionspolitik nicht prinzipiell abgelehnt. Über Beteiligung an einer bürgerlichen Regierung sei von Fall zu Fall zu entscheiden.

Zwar verstärken sich die reformistischen Tendenzen, besonders im Deutschen Reich; der theoretische Graben zwischen Reformisten und Marxisten wird immer tiefer. Aber erst 1914 zeigen sich die Folgen des Revisionismus in aller Deutlichkeit. Und der ideologische Riss musste zur organisatorischen Trennung führen; diese die Fronten klärende Spaltung kann durchaus als historischer Fortschritt im Prozess der Entwicklung des Proletariats aus der Klasse an sich zur Klasse für sich verstanden werden.

### 3. Von der Koalition zur Tolerierung

Seit 1914 haben sozialdemokratische Parteien immer öfter an bürgerlichen Regierungskoalitionen teilgenommen, manchmal auch solche Koalitionen geführt. Aber ihr Versprechen 1919, wir würden „friedlich in den Sozialismus hineinwachsen“, hat sich in keinem Land verwirklichen lassen. Ein geraffter historischer Überblick für Deutschland zeigt uns das gegenteilige Ergebnis.

Die erste Regierung nach 1918 verbündete sich mit dem besiegten Militär und schlug den Revolutionsversuch blutig nieder. Der Weg der deutschen Konterrevolution war eine breite Blutspur, die nach den Kommunisten auch Sozialdemokraten und bürgerliche Demokraten das Leben kostete. 1923 schickte Reichspräsident Friedrich Ebert, SPD, die Reichswehr gegen legale Landerregierungen von SPD und KPD in Sachsen und Thüringen, ließ diese vom Militär absetzen. Auch hier eine breite Blutspur als Ergebnis. Auf die Lehren des Oktober 1923 werde ich später zurückkommen.

1928 bildete Hermann Müller, SPD, eine Koalitionsregierung mit den bürgerlichen Demokraten und der Zentrumspartei. 1930 stürzten die bürgerlichen Parteien die Regierung Hermann Müller. Danach tolerierte die SPD die folgenden bürgerlichen Regierungen; denn sie wollte „Schlimmeres verhüten“, nämlich die Machtübergabe an die Nationalsozialisten. Daher verzichtete sie auf jede wirkliche Eigenaktivität, überließ der Bourgeoisie die Regierung der bürgerlichen Demokratie, einer Bourgeoisie, die längst auf diese Demokratie verzichtet hatte. Die Tolerierung schon antidemokratischer bürgerlicher Regierungen, die „Politik des kleineren Übels“ führte logisch zur widerstandslosen Kapitulation vor dem „legalen“ faschistischen Staatsstreich am 30. Januar 1933.

Der Weg der schrittweisen Eroberung der Macht führte in Wirklichkeit über Koalition und

---

<sup>1</sup> In der Weimarer Republik (vor 1933) hat es in Sachsen und Thüringen einige Industriegemeinden gegeben, in denen die Mehrheit der Gemeinderäte Kommunisten oder Sozialdemokraten als Bürgermeister gewählt hatten. Diese haben dann aus den städtischen Finanzen z.B. Streiks unterstützt.

Tolerierung statt des „friedlichen Hineinwachsens in den Sozialismus“ zur Kapitulation und zum Sieg der blutigsten Konterrevolution und zum blutigen zweiten Weltkrieg.

Die kommunistischen Parteien in den kapitalistischen Ländern Europas und insbesondere die USPD folgten bis etwa 1924 nach einer längeren Periode „ultralinker Kinderkrankheiten“ der Taktik, die von Rosa Luxemburg und von Lenin vorgeschlagen wurde. Auf dem Gründungskongress der KPD Ende 1918 waren Rosa Luxemburg und ihre Freunde noch in der Minderheit geblieben; die schnell im kurzen revolutionären Aufbruch radikalisierten Genossen lehnten die Wahlbeteiligung ab. Diese Phase war 1920 überwunden. Aber 1924 begann die erste, kürzere ultralinke „Bolschewisierung“; diese wurde 1925 aufgegeben, und bis Anfang 1928 war die KPD zur Einheitsfront mit der SPD außerhalb des Parlaments bereit.

#### 4. Die Volksfront

Bis zum VII. Weltkongress der Komintern gab es zwar manche Schwankungen in der Taktik der KPD, auch große Fehler, aber an eine Koalitionspolitik war nicht zu denken. Der revolutionäre Sturz des Kapitalismus blieb programmatisches Ziel, wenn auch der Stalinismus die notwendigen vorbereitenden Schritte zur Revolution nicht zu finden vermochte, die „sozialistische Realpolitik“, mit der – so Rosa Luxemburg – „die Kommunisten die Mehrheit der deutschen Werktätigen überzeugen“ sollten. Das änderte sich erst mit der auf dem VII Weltkongress beschlossenen Volksfrontpolitik, die sich als reformistisches Gegenteil des von Stalin verfeimten „Luxemburgismus“ erwies.

1935 entdeckte Georgi Dimitrow in seinem Grundsatzreferat auf dem VII. Weltkongress demokratische Teile der (deutschen) Bourgeoisie, mit denen die Kommunisten gemeinsam für den Sturz des Faschismus und die Einführung bürgerlicher Demokratie kämpfen sollten. Um diese Volksfront zu schaffen, verzichteten die kommunistischen Parteien auf die sozialistische Zielsetzung und auf den revolutionären Umsturz.

Diese neue Taktik entsprach völlig dem Bedürfnis der Stalin-Führung in der UdSSR, die endlich die existentielle Bedrohung durch den erstarkenden demokratischen Faschismus erkannte und nun ein Bündnis mit den demokratischen Westmächten suchte. Dafür versicherte die sowjetische Führung den Westmächten, dass die von ihr kontrollierten Parteien auf Revolutionen verzichteten. Dabei kann dahingestellt bleiben, ob Dimitrow als Generalsekretär der Komintern von J.V. Stalin instruiert oder inspiriert worden ist. Die Wendung zur Volksfrontpolitik wurde von der Komintern-Führung beschlossen, entsprach aber keineswegs den Vorstellungen der Kommunisten, die in Deutschland Widerstand gegen den Faschismus leisteten.<sup>2</sup>

Aber weder die deutsche faschistische noch die westliche demokratische Bourgeoisie zeigte Bereitschaft, auf dieses Angebot einzugehen. Die deutsche Bourgeoisie unterstützte und förderte mit wenigen Ausnahmen den Faschismus bis 1944; der dann begonnene Widerstand war überwiegend antidemokratisch und erstrebte eine antisowjetische Allianz mit den Alliierten. In den demokratischen Ländern bestanden bei der herrschenden Klasse große Sympathien für den deutschen und italienischen Faschismus, wie der Verlauf des

---

<sup>2</sup> Über den Widerstand der illegalen Kommunisten gegen die Wende zur Volksfrontpolitik siehe Bergmann (2006) und Coppi (2006).

spanischen Bürgerkriegs zeigte. Erst als die Hitlerarmeen Großbritannien bedrohten, konnte Winston Churchill die Führung der Konservativen übernehmen und das temporäre Bündnis mit der UdSSR schließen.

Im Krieg ging die sowjetische Außenpolitik auf einen Kompromiss mit ihren kapitalistischen Verbündeten aus: In Teheran 1943 und Jalta 1945 wurden Interessensphären festgelegt. In der westlichen Sphäre sollte es nach dem Sieg keine revolutionären Veränderungen geben. In der östlichen Sphäre sollte die SU freie Hand für soziale Veränderungen haben. Die Grenze der beiden Sphären ging mitten durch Deutschland. Jugoslawien sollte zum kapitalistischen Westen gehören; nur: die jugoslawischen Partisanen ignorierten dieses Diktat und wurden daher von der SU nicht in ihrem Kampf gegen die deutschen und italienischen Armeen unterstützt.

Die kommunistischen Parteien westlich der Grenze zwischen den Gesellschaftssystemen folgten den Interessen und Wünschen der Sowjetdiplomatie und traten in vielen Ländern nach ihrer Befreiung von der faschistischen Okkupation in die Nachkriegsregierungen ein. Palmiro Togliatti kehrte 1943 nach der Invasion der Alliierten in Süditalien aus der SU zurück und trat in die neue Regierung ein, die von Pietro Badoglio geführt wurde, der kurz zuvor noch Mussolinis Militärmacht geführt hatte. Nach 1989 hat die KPI sich defacto aufgelöst, auch ihren Namen in Demokratische Linke geändert. Dann erst durfte ihr Generalsekretär Massimo d'Alema für einige Zeit Ministerpräsident einer Koalitionsregierung werden.

#### 5. Nach 1945: SPD und KPD stützen die Siegermächte

In den drei Westzonen des 1945 geteilten Deutschland traten KPD-Mitglieder in alle von den Alliierten überwachten Landesregierungen ein; meist war der einzige kommunistische Minister zuständig für Arbeit- und Sozialfragen und sollte verhindern, dass hungernde Arbeiter streiken. Auch der Kampf der Arbeiter gegen die Demontage ihrer Fabriken durch die Siegermächte wurde von der KPD abgelehnt. Als der Kalte Krieg von Churchill im Mai 1946 ausgerufen wurde, begann man in diesen Ländern, die KP-Vertreter aus allen Ministerien hinauszuerwerfen. Die „Zusammenarbeit“ wurde einseitig beendet. Seitdem achteten die Siegermächte eifersüchtig und offen darauf, dass die KP nirgendwo wieder in die Regierungen kam, auch dort, wo sie damals die stärkste Partei waren (Italien).

In allen Fällen der Regierungsbeteiligung haben die kommunistischen Minister die bürgerliche Politik der einheimischen Kapitalisten oder der kapitalistischen Besatzungsmächte ausgeführt, nirgendwo sozialistische Interessen durchsetzen können. In allen Fällen wurden sie nach getaner Arbeit entlassen. Aus keiner dieser Regierungen sind sie aus eigener Initiative ausgeschieden.

Nach dem Zusammenbruch der DDR im November 1989 löste sich die SED auf; eine neue Partei wurde gegründet, die Partei des demokratischen Sozialismus. Obwohl sie von allen anderen Parteien – von der SPD bis zur CDU/CSU – als aussätzig behandelt wird, erstrebt sie die „Anerkennung“ und möchte an Koalitionsregierungen beteiligt werden. Trotz der eindeutigen Ablehnung durch die SPD will sie 2009 in der nächsten Bundesregierung mit der SPD durch Minister vertreten sein. In zwei ostdeutschen Bundesländern (Berlin, Mecklenburg-Vorpommern) hat die PDS mit der SPD Koalitionen gebildet, von denen 2006 noch eine geblieben ist (Berlin). Aber die PDS-Minister konnten keine Maßnahmen

zugunsten der Werktätigen und gegen den dominanten Sozialabbau durchsetzen, der von der Bundes- und allen Länderregierungen rigoros durchgeführt wird. Bei den Landeswahlen 2006 wurde die PDS, jetzt umbenannt in Die Linke, in Berlin von ihren Wählern wegen ihrer Koalitionspolitik durch eine Abnahme ihrer Wähler um 49,5% (fast die Hälfte)<sup>3</sup> abgestraft. Dennoch setzen ihre Senatoren (= Minister) die „Kooperation“ mit der SPD fort.

Nach 1945 hat die SPD – ebenso wie die KPD – mit den drei kapitalistischen Besatzungsmächten loyal zusammengearbeitet und damit einen Beitrag zur Rekonsolidierung des deutschen Kapitalismus geleistet. In der offenen Feindschaft gegen Kommunismus und Kommunisten, gegen die DDR und gegen die Sowjetunion unterschied sich die SPD nicht von den bürgerlichen Parteien. Von Mai 1966 bis 1969 stellte die SPD Minister in einer Bundesregierung unter Kurt-Georg Kiesinger, der bis 1945 führender NS-Beamter gewesen war. Ab Oktober 1969 führte erst Willi Brandt (bis 1974), dann Helmut Schmidt bis 1982 eine Koalitionsregierung mit der FDP. In Außen-, Innen-, Wirtschafts- und Sozialpolitik gab es keine von oben initiierten Reformen im Interesse der Werktätigen. Schmidt wurde 1982 von seinem Koalitionspartner FDP gestürzt.

Von 1998 bis 2005 regierte eine „rot-grüne“ Koalition unter Gerhard Schröder. In dieser Periode wurde die Kapitalsoffensive und der Abbau der sozialen Errungenschaften verstärkt fortgesetzt. Von sozialen Reformen blieb nur das Wort Reform, das nun – für jedermann sichtbar – Sozialabbau und Umverteilung von unten nach oben bedeutete. Eine Beteiligung der Mitglieder an der Formulierung der brutal-kapitalistischen Politik gab und gibt es in der SPD nicht. Die Mitglieder reagieren mit Massenausstritten: Die SPD verlor von ihren 900.000 Mitgliedern im Jahre 1969 bis 2005 etwa 330.000 Mitglieder = ca. 30%. Auch formal ist die SPD keineswegs mehr demokratisch. Seit 1998 gab es nach dem undemokratischen Hinauswurf von Oskar Lafontaine 4 Parteivorsitzende, faktisch von ihren Vorgängern berufen. 1998 kreierte Gerhard Schröder mit Tony Blair den „Dritten Weg“, ein weiteres Wort des Orwellschen Neusprech, der binnen kurzem wieder vergessen wurde. Auch dieses Wort wurde von den Initiatoren in sein Gegenteil umgedeutet. 1945 bedeutete es für Paul Sering (Richard Löwenthal) einen Weg des demokratischen Sozialismus jenseits von Kapitalismus und Stalinismus. (Siehe Sering 1945!)

In der sozialökonomischen Kapitalsoffensive, der Militarisierung der Außenpolitik und dem weltpolitischen Expansionsdrang gab es eine volle Kontinuität von bürgerlichen und SPD-geführten Bundesregierungen, die sich in der CDU-geführten Regierung unter Angela Merkel fortsetzt.

## 6. Der „deutsche Oktober“

In der Geschichte der KPD hat es vor 1933 eine Ausnahme gegeben. Im Herbst 1923 war die KPD in den Ländern Sachsen und Thüringen Regierungen beigetreten, die von linken Sozialdemokraten geführt wurden. Die beiden Parteien hatten eine Mehrheit in den Landesparlamenten. Nach wenigen Tagen beorderte Friedrich Ebert, Reichspräsident, SPD,

---

3

Bei den vorigen Wahlen zum Berliner Abgeordnetenhaus hatte die PDS 366.292 Stimmen erhalten = 22,6%. 2006 erhielt sie 185.086 = 13,4% - ein Verlust von 181.206 Wählern = 49,5%.

die Reichswehr in die Länder einzumarschieren. Sie setzte die legitimen Regierungen ab und veranstaltete an einigen Orten ein Blutbad an kaum oder garnicht bewaffneten Arbeitern.

Über den Oktober 1923 ist viel geschrieben worden. Er wird in vielen Monographien zur Geschichte der kommunistischen Bewegung und in speziellen Arbeiten behandelt. Thalheimer, der selbst intensiv an den Ereignissen und den Debatten vor und nach dem Oktober beteiligt war, gibt seine sehr nüchterne, auch selbstkritische Darstellung und Analyse in der Broschüre „1923...“, Berlin 1931. Tatsächlich ging die Initiative zu diesem letzten Anlauf zu einer Revolution in Deutschland von der sowjetischen Führung aus, die die KPD zu diesem Versuch drängte in der Hoffnung, eine erfolgreiche deutsche Revolution würde dazu beitragen, die aktuelle Krise der SU zu lösen. Damals, nach dem Scheitern dieses Versuchs und in den späteren Debatten (ab 1925) um ein Programm der Komintern wurde die Frage der Regierungsbeteiligung von Kommunisten und der Wege des Übergangs in einer revolutionären Situation theoretisch diskutiert. Jedenfalls war die KPD, die einzige Massenpartei der Komintern außerhalb der UdSSR, vor ihrer „Bolschewisierung“, unter einer luxemburgistischen Führung so stark, dass die Frage einer Revolution überhaupt gestellt werden konnte. Diese Stärke hat sie in der ultralinken Periode nie wieder erreicht.

Vor allem August Thalheimer, einer der bedeutenden Schüler von Rosa Luxemburg, hat die Erfahrungen der deutschen Klassenkämpfe theoretisch verarbeitet. Seine wesentlichen Lehren aus dem Oktober 1923 sind: „dass man nicht aus 2000 km Entfernung revolutionäre Aktionspläne auf eine Frist von 8-10 Wochen ausarbeiten kann... Die kommunistischen Parteien können eine Revolution in ihrem eigenen Lande wirklich nur durchführen,... wenn sie sich an eigenes, kritisches und selbstständiges Denken auch gegenüber der internationalen Leitung gewöhnt haben.“ (Thalheimer, 1931, S. 29). Die Nachgiebigkeit Brandlers gegenüber den drängenden „Ratschlägen“ der sowjetischen Genossen war falsch. Und er kommt zurück auf Luxemburgs Worte vom Jahresende 1918: „Die nächste Lehre, die wir ziehen müssen, ist die, dass man die Revolution nicht allein technisch und organisatorisch vorbereiten kann, sondern dass sie politisch vorbereitet werden muss, dass man die Mehrheit der Arbeiter die Mehrheit der werktätigen Bevölkerung gewinnen muss durch politische Teilaktionen und Teilforderungen, ehe man die Bedingungen in der Hand hat, um einen Machtkampf zu führen.“ (ebda, S. 30)

Kommunisten und revolutionäre Sozialisten haben in einigen kapitalistischen Ländern an Regierungen teilgenommen, so in Frankreich, England, Schweden, Norwegen, Dänemark, Finnland, in den zwei indischen Bundesstaaten West Bengal und Kerala, indirekt in Südafrika. Für alle diese Länder gibt es keine einheitliche Bilanz. Selbst in England ist die Bilanz unterschiedlich in verschiedenen Perioden, wie auch Ideologie und Programm der Labour Party in den einzelnen Perioden sehr verschieden waren.

Die PDS ist in der Frage der Koalitionspolitik innerlich gespalten. Heuer (2004) hat die zeitweilig harte Debatte ausführlich referiert, die natürlich auch das Fernziel der Partei und ihr Selbstverständnis betrifft. Die Befürworter einer Koalition mit SPD (und Grünen) wollen „ein positives Verhältnis zur parlamentarischen Demokratie und zum Grundgesetz finden.“<sup>4</sup> In ihrer Kritik an der Fehlentwicklung der DDR gehen sie sehr weit: „Die

---

4 Dieses und die folgenden Zitate nach Heuer (2004, S.11-13).



Überwindung des Staatssozialismus war eine der zivilisatorischen Leistungen dieses Jahrhunderts.“ André Brie, einer der Vordenker dieser „Reformer“- Strömung, hält den Stalinismus für schlimmer und totalitärer als den deutschen Faschismus. Und: „Die PDS muss für Poststalinisten unerträglich gemacht werden.“ Ziel ist nicht mehr ein irgendwie gearteter Sozialismus, sondern Ankommen in der BRD und Koalition mit der SPD im Jahre 2009 (bei der nächsten Bundestagswahl). Dietmar Keller, ein weiterer Berater von Gregor Gysi, will eindeutig weg von Kommunismus und Revolution, und sieht die revolutionäre Periode der deutschen Arbeiterbewegung als erledigt: „Die PDS entstand aus den gemeinsamen Wurzeln der deutschen Sozialdemokratie des 19. Jahrhunderts. Sie kehrte nach langer und komplizierter Irrfahrt über den Spartakusbund, die USPD, KPD und SED zu den Wurzeln der Sozialdemokratie zurück.“

Die marxistische Hauptströmung von Wilhelm Liebknecht und August Bebel über Rosa Luxemburg und ihre Schule wird damit zur Irrfahrt!

#### 7. Rosa Luxemburg bleibt aktuell

Natürlich müssen wir immer wieder fragen, ob das, was Rosa Luxemburg vor über 100 Jahren oder ihre Schüler vor fast 80 Jahren geschrieben haben, heute noch Bedeutung haben kann. Hat sich vielleicht der deutsche Kapitalismus durch den Reformismus zähmen lassen? Ist der Marxismus von Luxemburg überholt, die Arbeiterklasse voll gleichberechtigt und gleich einflussreich in der Politik? Ist der Staat wirklich neutral zwischen den Klassen? Diese Fragen beantworte ich mit einem klaren Nein. Der staatlich hervorragend organisierte und gerüstete deutsche Kapitalismus erteilt den Werktätigen gerade jetzt eine neue, im Grunde alte Lehre über seinen brutalen Willen zur ungeteilten Herrschaft in Ökonomie und Gesellschaft. Mir scheint Rosa Luxemburgs Lehre aus der Debatte durch die deutschen Erfahrungen voll bestätigt:

„Die vornehmste Aufgabe der parlamentarischen Tätigkeit der Sozialisten, die Aufklärung der Arbeiterklasse, findet vor allem in der systematischen Kritik der herrschenden Politik ihre Lösung. Allein weit entfernt, handgreifliche Erfolge, unmittelbare Reformen fortschrittlichen Charakters unmöglich zu machen, ist die grundsätzliche Opposition für jede Minderheitspartei im allgemeinen, ganz besonders aber für die Sozialisten, das einzig wirksame Mittel, praktische Erfolge zu erzielen.“ (GW 1/2, S. 32)

#### Literaturverzeichnis

- Bergmann, Theodor (2002), Klassenkampf oder Kapitulation. In: Sozialismus, H.3, S.45-49.
- Bergmann, Theodor (2002), Friedliches Hineinwachsen in die Kapitulation. In: Mit dem Sozialismus rechnen. XI. Internationale Rosa Luxemburg Konferenz 14. Januar 2006, Berlin, S.31-33.
- Bergmann, Theodor (2006), Die Volksfront. Hoffnungen und Enttäuschungen. In: Kinner, Klaus und Elke Reuter (Hg.), Leipzig.
- Coppi (2006)
- Heuer, Uwe-Jens (2005), Zwischen Opposition und Regierungsbeteiligung. In: Marxistisches Forum, H.50, S.11-19.
- Luxemburg, Rosa (1898), Zum Stuttgarter Parteitag. GW 1/1, S. 231-235.

- Luxemburg, Rosa (1898), Parteitag der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands vom 3. bis 8. Oktober 1898 in Stuttgart. GW 1/1, S. 236-241. (Zwei Reden).
- Luxemburg, Rosa (1898), Nachbetrachtungen zum Parteitag. GW 1/1, S.242-251.
- Luxemburg, Rosa (1900/01), Die sozialistische Krise in Frankreich. GW 1/2, S.5-73.
- Sering, Paul (.....), Jenseits des Kapitalismus.
- Thalheimer, August (1931), 1923: Eine verpasste Revolution? Berlin.
- Plattform der Kommunistischen Partei Deutschlands (Opposition) (1930), Berlin.